

Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **4 (1984)**

Heft 7

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Editorial

Die „Schweiz bleibt Schweiz“ (FAZ). – In der Volksabstimmung vom 20. Mai erlitt die sozialdemokratische Bankeninitiative mit 73 % Nein-Stimmen ein Debakel, das auch die pessimistischsten Prognosen der Befürworter noch übertraf. Die Initiative erreichte nicht einmal jene 30 %-Marke, die von den linken Projekten in der Regel überschritten wird – und dies trotz einer relativ hohen Stimmbeteiligung von 42 %. Ein Kommentar freilich, der nur das von den Banken aufgebaute „gigantische Horrorszenario“ (H. Hubacher) im Auge hat, vermag wenig zu erklären. Im Gegenteil: Man hält noch im nachhinein an einer Dämonisierung der Bankenmacht fest, statt deren korrumpierende Alltagswirkung zu analysieren.

Dass die Propagandamaschinerie der Banken mit Millioneninvestitionen voll auf plakative Angstwerbung abzielte, war zu erwarten. Den Vertretern der Banken und der Industrie ist es gelungen, auf populistische Weise die kollektiven Ängste (vor dem „Bruch mit dem Kapitalismus“) und eidgenössischen Klischees (Bankgeheimnis schützt vor schnüffelndem Steuerkommissär) der breiten Bevölkerung zu mobilisieren.

Die diskrete Macht der internationalen Bankkonzerne ist in der Textur des Alltagslebens eingewoben: Sie gründet im hochgezüchteten Sicherheitsbedürfnis einer Wohlstandsnation, im alltäglichen Umgang mit dem kultivierten Sozialprestige des Geldes, dessen Intimität unangetastet und tabuisiert bleibt. Gescheitert ist die sozial-demokratische Argumentation, die aufzeigt, dass die demagogisch propagierte Optimierung von „nationalem Eigennutz“ heute nicht mehr funktioniert, dass die jahrzehntelang spielende Interessengemeinschaft zwischen Banken und Bürgern real in die Brüche gegangen ist, dass die anhaltend hohen Profitmargen der Bankkonzerne für den „kleinen Mann auf der Strasse“ längst keine kleinen Vorteile mehr abwerfen.

Ebensowenig griff der politische Appell an die „öffentliche Moral.“ Der sozial-ethische Diskurs versagt und wirkt antiquiert, wo die Banken ihren „Bürgern“ der „Kredit- und Schuldnergesellschaft“ hautnahe Betroffenheiten vor Augen führen können und entsprechende Abwehrreflexe auszulösen vermögen. Durch die geschickte Inszenierung der „Glückskette“ in den Staatsmedien just in der Endphase des Abstimmungskampfes konnte die Selbstgerechtigkeit des Schweizer intakt und die Hilfe für die hungernden Armen fernab in den „unterentwickelten Ländern“ karitativ motiviert bleiben.

Das Dilemma der SPS kommt vollends darin zum Ausdruck, dass sie einerseits die Bankeninitiative in einem ‚internationalistischen‘ Zusammenhang zu begründen hatte, andererseits mit der Unterstützung der NA-Initiative „Ausverkauf der Heimat“ aber zugleich einer ‚nationalistischen‘ Stossrichtung Vorschub leistete. Indem sich die SPS auf ein ideologiepolitisches Feld vorgewagt hat, das traditionell von der Nationalen Aktion besetzt ist – bodenständige Bevölkerungspolitik garniert mit Attacken gegen das Grosskapital –, hat sie nicht nur die Einheit der Linken unterlaufen, sondern auch Ansätze internationaler Solidarität im Rahmen eines antiimperialistischen Selbstverständnisses in Frage gestellt.

Auf der ökonomisch-politischen Ebene hält der Verschleiss der sozialdemokratischen Politik und der Gewerkschaften als Rückwirkung der technologischen Auflösung des Sozialen und Gesellschaftlichen, als Folgen der Arbeits- und Kulturzerstörung an. Während in den umliegenden westeuropäischen Ländern seit Mai dieses Jahres härteste Arbeitskämpfe im Gange sind, die Internationalisierung der 35-Stundenwoche, Arbeitsplatzhaltung und -beschaffung erklärtes Ziel der Gewerkschaften sind, gerät in der Schweiz trotz der 40-Stundenwochen-Initiative die Gewerkschaftspolitik zusehends unter den massiven Druck des technologischen Angriffs und unter rhetorischen Beschuss der Arbeitgeberverbände. Im Anschluss an Heft 5/83 des WIDERSPRUCH (Schweizer Imperialismus—Wirtschaftskrise—Gegenstrategien) werden im Themenschwerpunkt dieses Hefts unterschiedliche Aspekte der Krise der Gewerkschaftspolitik diskutiert.

Der Begriff der Gewalt ist unter den herrschenden Machtverhältnissen und ihrer Rechtssprechung von politischer Bedeutung und aktueller denn je. Die durch das Urteil des Zürcher Obergerichts im ‚Plakatkleberprozess‘ vollzogene Ausweitung des Artikel 259 StGB – öffentliche Aufforderung „zu einem Vergehen mit Gewalttätigkeit gegen Menschen und Sachen“ – hat einen Gesinnungsparagraphen geschaffen, der die rechtspolitische Linie der Krawalljustiz konsequenz weiterführt: Demonstranten und jedwede Opponenten sollen kriminalisiert werden. J.P. Garbade zeigt in seinem Beitrag präzise auf, in welchem Ausmass der Spielraum für sozialen Widerstand und oppositionelle Politik durch die Staatsgewalt zusehends eingeengt wird. Ein Beitrag übrigens, der den Einstieg in die nach wie vor tabuisierte Debatte über die juristischen Illusionen linker Politik und ihres rechtsstaatlichen Diskurses eröffnet.

H.U. Recks Beitrag greift dezidiert in die in Heft 6 begonnene Diskussion über Widerstandskultur ein. Reck kritisiert sowohl das traditionelle Verständnis von Arbeiterkultur als Widerstandskultur, welches überholten Widerspiegelungskonzeptionen verhaftet bleibe, als auch ein Verständnis von Alternativkultur, welches je eine besondere Form des ganz Anderen zum Widerstand emporstilisiere. Gegenüber solchen „ikonischen“ Konzeptionen, welche autoritär Formen mit Bedeutungen verknüpften, betont er die symbolische Offenheit der Kultur, die zwangsläufig aus dem Zerfall der einheitlichen bürgerlichen Hochkultur gegen Ende des 19. Jahrhunderts folge.

K. Tobler liefert in seiner Analyse wichtiges Material zur ökologischen Drapierung der fremdenfeindlichen Bewegungen in der Schweiz. Er zeigt deren theoretische Referenzpunkte und einige aufschlussreiche Argumentationsmuster. Die Aktualität dieser „nationalökologischen“ Strömung, die sich nicht zuletzt in der Zustimmung linker Kreise zur NA-Initiative gezeigt hat, wird auch weiterhin zur Debatte stehen.

Franz Hochstrasser knüpft an die Beiträge in den Heften 4 und 5 über „Sprache und Ideologie“ an. Er untersucht den Gebrauch von ihm so genannter „Kriegswörter“, d.h. Wörter, die aus dem militärischen Bereich in unsere Alltagssprache übertragen worden sind. Sein Aufsatz gibt einige Hinweise auf die durch Sprache vermittelte Militarisierung des Alltags und ist damit zugleich ein Beitrag zur Friedensdebatte. Hochstrasser schlägt dagegen eine Entmi-

schung verschiedener Sprachbereiche vor, welche verschiedene Realitätsbereiche abbildeten. Auch auf seine in der Redaktion umstrittene Position erwarten wir uns weitere Diskussionsbeiträge.

In eigener Sache

Mit dem Vorliegen von Heft 7 setzen wir die Kontinuität fort, halbjährlich erscheinen zu können. Das Projekt hat sich auf minimaler Basis finanziell konsolidiert. Dies vorwiegend durch die gestiegene Zahl der Abonnenten und die Erhöhung der Förderabopreise sowie durch die nach wie vor eintreffenden Spenden, für die hier ausdrücklich gedankt sei. Dennoch ist das Ziel, die Produktions- und Administrationskosten ausschliesslich durch den Verkaufserlös und die Inserate zu decken, noch nicht erreicht. So können weder alle Spesen der Redaktoren gedeckt noch irgendwelche Autorenhonorare bezahlt werden.

Aufgrund der gestiegenen Satz- und Druckkosten sehen wir uns deshalb gezwungen, den Heftpreis von 9 auf 10 Franken zu erhöhen. Der bisherige Preis war im Buchhandel bei weitem nicht kostendeckend. Von dieser Preiserhöhung nicht betroffen sind die Abonnenten, denen wir weiterhin 9 Franken pro Heft (inklusive Versand und Porto) berechnen. Allen denen, die sich jetzt zu einem Abonnement entschliessen, bieten wir damit einen finanziellen Anreiz; zugleich ermöglichen sie uns eine längerfristige finanzielle Planung. Nur mit mehr Abonnenten können wir den Ausbau unseres Projektes vorantreiben.

Seit einiger Zeit ist die Redaktion dabei, über effizientere Formen ihrer redaktionellen Arbeit zu diskutieren. Einzelne Redaktionsmitglieder haben ihre Redaktionsarbeit reduziert, bleiben aber der Zeitschrift weiterhin verbunden. Gleichzeitig ist es uns gelungen, einige redaktionelle Mitarbeiter zu gewinnen. Die für die Zukunft des Projekts zentrale Frage, wie eine regelmässige Form des Kontakts und Austausches zwischen Redaktion, Autoren, Mitarbeitern und Interessenten zustande kommen kann, ist hingegen weiterhin ungelöst.

Juni 1984

Redaktion WIDERSPRUCH